

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtdirektion Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rahmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7-spaltige 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 146

Bad Schandau, Sonnabend, den 25. Juni 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Die belgische Regierung veröffentlichte am Freitag das Dokument, aus dem hervorgeht, daß die Anlage von Besatzungen durch Belgien im Maas-Tal keinerlei Verstoß gegen Belgiens Neutralität gewesen sei. Das Dokument besteht in der Hauptsache aus einem Brief Kaiser Wilhelm I., den dieser an den König Leopold II. gerichtet hatte und in dem er lebhaftes Interesse an der Landesverteidigung Belgiens nahm.

* Nach einer Meldung aus Tirana wird der Dolmetscher der jugoslawischen Gesandtschaft Djurastowitsch in den nächsten Tagen in Tirana wegen Spionage abgerufen und alsdann durch Ahmed Zogu begnadigt werden, während die jugoslawische Regierung die verletzenden Ausdrücke ihrer Note vom 30. Mai zurücknehmen wird.

* Aus Moskau wird gemeldet, daß im Gouvernement Mjanow 600 Häuser, 49 Menschen und 4000 Stück Vieh einem Brande zum Opfer fielen. Der Sachschaden beträgt über eine Million Rubel. Es soll sich um Brandstiftung handeln.

Die russische Lehre für Polen.

Von Dr. Paul Ernst Franke.

Durch die Rückwirkungen, die das Warschauer Attentat in Moskau ausgelöst hat, ist das russisch-polnische Verhältnis von neuem grell beleuchtet worden. Auch das bolschewistische Rußland kann nicht vergessen, daß einmal große Gebiete der heutigen polnischen Republik zu Rußland gehört haben, und vor allem steht zwischen beiden Mächten der Frieden von Riga, der Polen die Dünaburg brachte. Es trat dann zwar eine gewisse Besserung des russisch-polnischen Verhältnisses ein, als die Nationaldemokraten in Polen ans Ruder gekommen waren und sich der Einfluß Dmowskis, des alten polnischen Russenfreundes, bei der Warschauer Regierung und im Senat geltend machen konnte, und solange die Nationaldemokratie in Polen bestimmten Einfluß hatte, sind auch von polnischer Seite immer wieder starke Versuche in der Richtung einer russisch-polnischen Aussöhnung unternommen worden. Noch im Dezember 1925 weilte Tschitscherin zwecks besonderer Besprechungen in Warschau, und es konnte scheinen, als ob eine politische Verständigung zwischen Polen und Rußland beabsichtigt worden sei. Besonders Triebkräfte erhielten diese nationaldemokratischen Bestrebungen für einen russisch-polnischen Ausgleich noch durch die wirtschaftlichen Interessen der polnischen Industrie, die hoffte, auf diese Weise einen Teil der alten Absatzgebiete der Vorkriegszeit wieder zurückzuerobert zu können. Das alles wurde aber mit einem Schlag anders, als Pilsudski ans Ruder kam, dessen Russenfeindschaft in Moskau zur Genüge bekannt war, und die russische Presse ließ es sich ja dann auch eifrig angelegen sein, den Staatsstreich des Marschalls am Himmelstempel des vorigen Jahres in engstem Zusammenhang mit Londoner antirussischen Machenschaften zu bringen. Es muß auch heute noch dahingestellt bleiben, wie weit diese russischen Behauptungen der Wahrheit entsprechen, insofern jedenfalls traf man in Moskau das Richtige, als dieser Pilsudskische Staatsstreich der Londoner Politik in ihrer Auseinandersetzung mit dem russischen Gegner äußerlich gelegen gekommen war, und es ist sicher nicht zu viel behauptet, daß Pilsudski sich bis heute nicht zum wenigsten durch englische Hilfe hat halten können. War somit durch den Pilsudskischen Staatsstreich ein neues Moment der Spannung zwischen Polen und Rußland geschaffen, so mußte der Abbruch der englisch-russischen Beziehungen nun erst recht verhängnisvolle Rückwirkungen auf das polnisch-russische Verhältnis ausüben, und die alarmierende Wirkung des Warschauer Attentates wird dadurch verständlich genug. Trotz alledem wird voraussichtlich nicht damit zu rechnen sein, daß diese jetzt bis aufs höchste gestiegene polnisch-russische Spannung zu einem Kriege führen wird, und zwar vor allem deshalb, weil man in Moskau selbst noch davor zurückschreckt. Ein Krieg mit Polen würde für Rußland den Krieg mit England bedeuten, und dem fühlt man sich gegenwärtig in Moskau nicht gewachsen, da die russische Armee heute kaum als ein vollwertiges Kampfmittel angesehen werden darf. Dennoch bleibt aber die Tatsache bestehen, daß das polnisch-russische Verhältnis vorläufig von Grund aus als gespannt anzusehen ist, so daß daraus sich in jedem Augenblick kriegerische Verwicklungen ergeben können. Mit einer solchen Gefahr wird man in Warschau besonders dann in einem steigenden Maße zu rechnen haben, wenn die innerpolitischen Verhältnisse in Rußland sich noch weiter verschlechtern sollten. Der von neuem entfaltete blutige Terror der Sowjetregierung beweist zur Genüge, wie es um sie und ihre Macht bestellt ist, und kommt die Opposition unter Trozki und Sinowjew ans Ruder, so wird sie nicht davor zurückschrecken, die politischen Leidenschaften des russischen Volkes nach außen hin durch einen Krieg abzulenken, und Polen wird das erste Land sein, gegen das sich diese Leidenschaften richten werden. Allerdings glaubt man in den chauvinistischen Kreisen Polens einem solchen Krieg mit Rußland mit aller Ruhe entgegengehen zu können, und es fehlt schon heute nicht an Stimmen, die den Krieg gerabegut fordern, weil man auf die englische Hilfe rechnet. Gewiß genießt heute der polnische Volksführer, Graf Skirmunt, in London ein besonderes Ansehen und kann sich rühmen, dort als „persona grata“ angesehen zu werden, aber die Frage bleibt dennoch offen, ob England im entscheidenden Augenblick wirklich den Polen die erhoffte Hilfe leisten würde, ob es nicht vielmehr ruhig zusehen würde, wie weit es den Polen allein gelingt, für England die Kasernen aus dem Feuer zu holen. So sehr es sich jedenfalls die englische Presse heute angelegen sein läßt, den Kreuzzug gegen Sowjetrußland zu predigen, versteht sie darunter doch keine kriegerischen, sondern nur finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen. Bleibt aber die englische Hilfe für Polen

zum mindesten fraglich; und abhängig von rein englischen Interessen, so wird Polen noch weniger auf französische Unterstützung in einem Kriege mit Rußland rechnen können.

So steht dem Polen heute zwischen dem russischen Feinde und seinem deutschen Nachbarn, der Rußland gegenüber durch Freundschaftsverträge vorläufig gebunden ist. Die Folge dieser Stellung müßte daher für Polen die sein, daß es endlich aus ihr die Lehre zieht, sich mit seinem deutschen Nachbarn in ein besseres Verhältnis als bisher zu setzen. Wenn irgendwann, so ist es jetzt deutlich geworden, daß Polen ohne eine engere politische wie wirtschaftliche Anlehnung an Deutschland nicht auf eine Besserung seiner Lage hoffen darf. Schon sind seine amerikanischen Anleihenhoffnungen, die es beinahe erfüllt sah, infolge der verschärften polnisch-russischen Spannung wieder verfliegen, und mehr denn je werden die amerikanischen Geldgeber heute in

Polen als erste Vorbedingung für eine Anleihe eine Verständigung mit Deutschland fordern. Wie dieser Weg einer deutsch-polnischen Verständigung zu finden ist, wird man in Warschau wohl sehr genau wissen, doch zweifeln wir nach den bisherigen Erfahrungen nur allzusehr mit Recht, daß man ihn dort zu finden bereit ist, zumal man sich daran gewöhnt hat, sich die Richtlinien der Politik mehr von Paris als von Berlin zu lassen. Und daß man heute von Paris aus eher einer deutsch-polnischen Verständigung entgegenarbeiten als sie zu fördern sich bemühen wird, das läßt die auf der letzten Genfer Ratstagung deutlich genug hervorgetretene Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses nur zu sehr befürchten.

Ruhr oder Locarno?

Das Echo der Stresemann-Rede.

Beifall in Wien.

Lebhaften Beifall finden die Ausführungen Dr. Stresemanns in der Wiener Presse. Besonderen Eindruck hat die Frage Stresemanns gemacht, „Wohin gehst du, Frankreich?“, welche daher auch bei fast allen Blättern als Überschrift ihrer Berichte oder Artikel verwendet worden ist.

Anerkennung in Italien.

Die italienische Presse bringt die Rede Stresemanns in ausführlicher Form an erster Stelle. Wenn auch eigene Betrachtungen fehlen, so erhebt man doch aus den Überschriften, daß die Öffentlichkeit in Italien den Ausführungen des Reichsaußenministers freundlich gegenübersteht.

Englische Kritik an der Rede Poincarés.

London, 24. Juni. In der Sitzung des Generalrates der Völkerbundsigen in Harrogate hielt Professor Murray eine Rede, in der er u. a. darauf hinwies, daß seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der als letzter großer Erfolg der Völkerbundsigen angesehen werden könne, viele Dinge in Europa rückwärts gegangen seien. Briand, der die Bewegung für die Völkerbundsigen in Frankreich führe, habe an Einfluß verloren. Die letzte Rede Poincarés in Luneville müsse vom Standpunkt der englischen Völkerbundsigen als verheerend bezeichnet werden. Die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten hätten von unkontrollierbarem Haß gegen Deutschland gestrotzt. Dr. Stresemann besänftige sich nunmehr in einer anderen Regierungsallianz, in der die tatsächliche Mehrheit auf Rechtsparteikern beruhe, die gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und gegen Locarno seien sowie gegen die Politik, für die Stresemann eintrete.

Was die russische Presse sagt.

Moskau, 24. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat dort die gestrige Rede Stresemanns im Reichstage das größte Aufsehen erregt. Die Sowjetpresse begrüßt die Ausführungen Stresemanns auf das herzlichste und hebt hervor, daß Deutschland dem Rapallo und dem Berliner Vertrag treu geblieben sei. Daß die deutsche Politik auch in Zukunft die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten gedenke, wird besonders begrüßt. Ferner wird verzeichnet, daß die deutsche Politik in der letzten Zeit bedeutend an Prestige gewonnen habe. Der Versuch Frankreichs, die deutsche Politik von Osten nach Westen zu wenden, sei mißlungen. Solange Poincaré regiere, könne eine deutsch-französische Annäherung nicht stattfinden. Die Franzosen vergäßen stets, daß der Versailler Friedensvertrag ihnen für die Zukunft nichts böte. Die Zukunft für Deutschland liege allein in der weiteren Entwicklung der deutsch-russischen wirtschaftlichen Beziehungen. Gleichzeitig läßt die Sowjetpresse an der Politik der Sozialdemokratischen Deutschlands scharfe Kritik. Das Verhalten der sozialdemokratischen Partei wird als eine ausschließlich im Interesse englischer Politik gelegene dargestellt.

Erste Erklärung des Quai d'Orsay zur Rede Stresemanns.

Paris, 24. Juni. In französischen politischen Kreisen ist das Urteil über die Rede Stresemanns nicht ungünstig, obgleich man bisher noch eine starke Zurückhaltung bewahrt, bis der endgültige Wortlaut vorliegt. Soviel steht jedoch jetzt schon fest, daß man in den Ausführungen Stresemanns kein Hindernis für eine Fortsetzung der deutsch-französischen Politik erblickt. Man betont vielmehr, daß zwischen der deutschen und der französischen Auffassung, die von Stresemann und Poincaré zum Ausdruck gebracht

wurden, kein grundsätzlicher und unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Mit jeder einzelnen der Ausführungen Stresemanns könne man sich in Frankreich naturgemäß nicht einverstanden erklären, doch wird mit Befriedigung festgestellt, daß dort, wo die Auffassungen auseinandergehen, man den ruhigen und nicht verletzenden Ton Stresemanns anerkennt müsse.

Im einzelnen wird ausgeführt, daß die Verträge von Versailles und Locarno sich nicht widersprechen. Eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich auf Grund des Locarno-Vertrages dürfe die Friedensverträge nicht aufheben. Die Herabsetzung der Rheinlandbesetzung würde eine Folge der Annäherungspolitik sein. Der Friedensvertrag seinerseits biete die Möglichkeit der Truppenverminderung. Auf französischer Seite sei man der Anschauung, daß Frankreich Deutschland eine größere Anzahl von Erleichterungen bereits gewährt habe (?). Aus den Erklärungen Stresemanns verdiene hervorgehoben zu werden, daß Deutschland ein schnelleres Tempo bei der Annäherungspolitik wünsche. Entscheidend für beide Staaten bleibe nach wie vor die Geistesverfassung, in der die deutsch-französischen Beziehungen gepflegt werden.

Der Temps zur Stresemann-Rede.

Paris, 25. Juni. Der ruhige Ton Stresemanns und die sachliche Klarheit seiner Ausführungen wird auch bei den Gegnern der Locarno-Politik in Frankreich anerkannt. Gerade das macht den Organen der Rechtspresse in Frankreich am meisten zu schaffen. Sie betonen, daß die Rede Stresemanns bei der großen Masse des französischen Volkes gerade durch ihre Ruhe und Sachlichkeit einen nachhaltigen Eindruck erweckt hat. Daher verjagt der Temps, zu erklären, daß Stresemann nur deswegen diese Art für seinen Vortrag gewählt habe, um die Angriffe seiner Gegner in Deutschland auf ein Gebiet abzulenken, auf dem sie ihn nur schwer widersprechen könnten. Was den Temps am meisten empört, ist, daß Stresemann erklärt, ein formelles Recht zu besitzen, die Verminderung der rheinischen Besetzung zu verlangen. Das Wort meint, daß in diesem Punkt der Gegensatz zwischen der französischen und der deutschen Auffassung in der Auslegung des Satzes: „Normale Anzahl der Effektivebestände der Okkupationsstruppen“ zu suchen wäre, indem man deutscherseits unter normaler Anzahl die Garnisonstärke vor dem Kriege versteht. Wenn die deutsche Regierung in die Frage der Überprüfung der gestörten Unterstände die in Genf eingenommene Haltung schon früher eingenommen hätte, wäre manche Schwierigkeit in der Regelung der deutschen Abrüstung vermieden worden. Stresemann könne es nicht ernst gewesen sein, als er die Frage aufwarf, ob die französische Regierung die Politik der Ruhr oder die Politik von Locarno verfolgen wolle. Denn Poincaré habe in Luneville keinen Zweifel darüber gelassen und in klarer Form entwickelt, daß Frankreich den Wunsch habe, mit Deutschland gute Beziehungen in vollkommenem gegenseitigen Vertrauen und ohne Hintergedanken zu pflegen. Alles in allem habe Stresemann erneut erklärt, daß das Reich keinen Krieg unternehmen werde, um die Versailler Provinzen zurück zu gewinnen. Diese Erklärung Stresemanns sei von ganz besonderer Bedeutung, und wenn die Rede Poincarés in Luneville nur diese einzige Äußerung Stresemanns zur Folge gehabt hätte, so hätte die Rede Poincarés ihren Zweck erfüllt. Allerdings, wenn man die Erklärungen Stresemanns auch über diesen Punkt näher betrachte, fährt der Temps fort, bedeuten sie nicht den moralischen Verzicht Deutschlands, eine Revision der Gebietsklausel des Versailler Vertrages auf anderem Wege zu erzielen. Die Erklärungen Stresemanns bedeuten eine Erklärung des Willens der deutschen Regierung, die Politik der Entspannung fortzusetzen. Die Zukunft werde lehren, ob man in dieser Erklärung Stresemanns nicht vielleicht doch nur den Akt eines geschickten taktischen Parlamentariers erblicken dürfe.

Koblenz. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Ausführung des Films „Luise von Koburg“ im besetzten Gebiet verboten.

Paris. König Alfons von Spanien ist hier eingetroffen und vom Präsidenten der Republik empfangen worden. Am Sonnabend reist der König nach London weiter.